

Das Übergangsrecht

KONGRESS PFLEGE

BERLIN, 20.01.2017

RECHTSANWALT PROF. RONALD RICHTER

15. Kapitel: §§ 140 – 144 SGB XI

§ 140 SGB XI: Regelungen zur **Rechtsanwendung im Übergangszeitraum**, und zur Überleitung in die Pflegegrade,

§ 141 SGB XI: Regelungen zum **Besitzstandsschutz** für Leistungen der Pflegeversicherung sowie Übergangsrecht zur sozialen Sicherung von Pflegepersonen

§ 142 SGB XI: Übergangsregelungen im **Begutachtungsverfahren** im Rahmen der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes

§ 143 SGB XI: Sonderanpassungsrecht für die Allgemeinen Versicherungsbedingungen und die technischen Berechnungsgrundlagen **privater Pflegeversicherungsverträge**

§ 144 SGB XI: Sonstige Überleitungs- und Übergangsregelungen

Verfahrensrecht, § 140 Abs. 1 SGB XI

Der Übergangsstichtag für das neue Verfahren der Einstufung in die soziale Pflegeversicherung ist nach § 140 Abs. 1 SGB XI i.V.m. Art. 8 Abs. 2 PSG II der **31.12.2016, 24:00 Uhr**.

Dieser Grundsatz umfasst das gesamte Verfahren von Antragstellung über die Begutachtung bis zum Erlass des Leistungsbescheids und gilt auch für nachfolgende Widerspruchs- und sozialgerichtliche Verfahren.

Entscheidend ist der **Zeitpunkt der Antragstellung** (Eingang des Antrags bei der Pflegekasse)

Überleitung der Pflegestufen

Zum 1.1.2017 wurden alle Pflegebedürftigen automatisch übergeleitet (§ 140 Abs. 2 SGB XI).

Es werden keine Neubegutachtung durchgeführt.

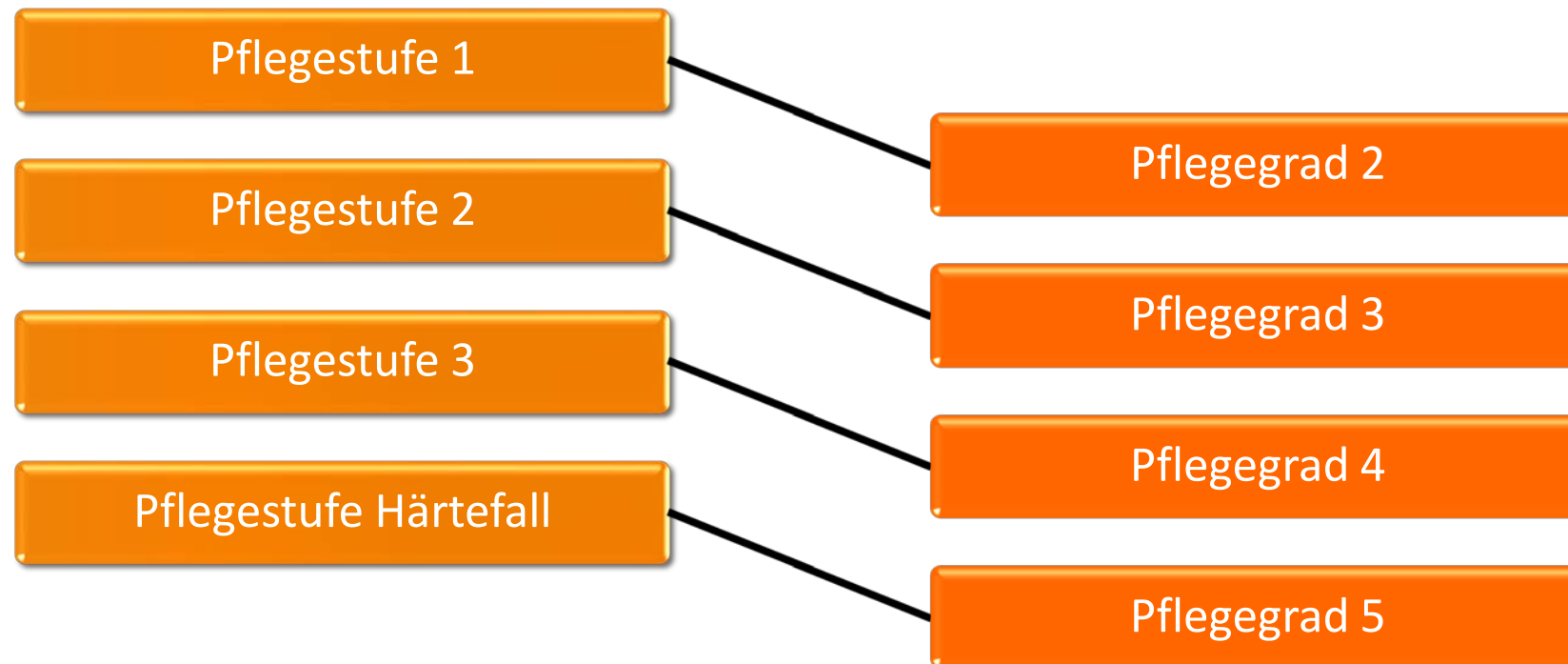
Absoluter Bestandschutz, auch bei späteren Begutachtungen

Umstellungsformel:

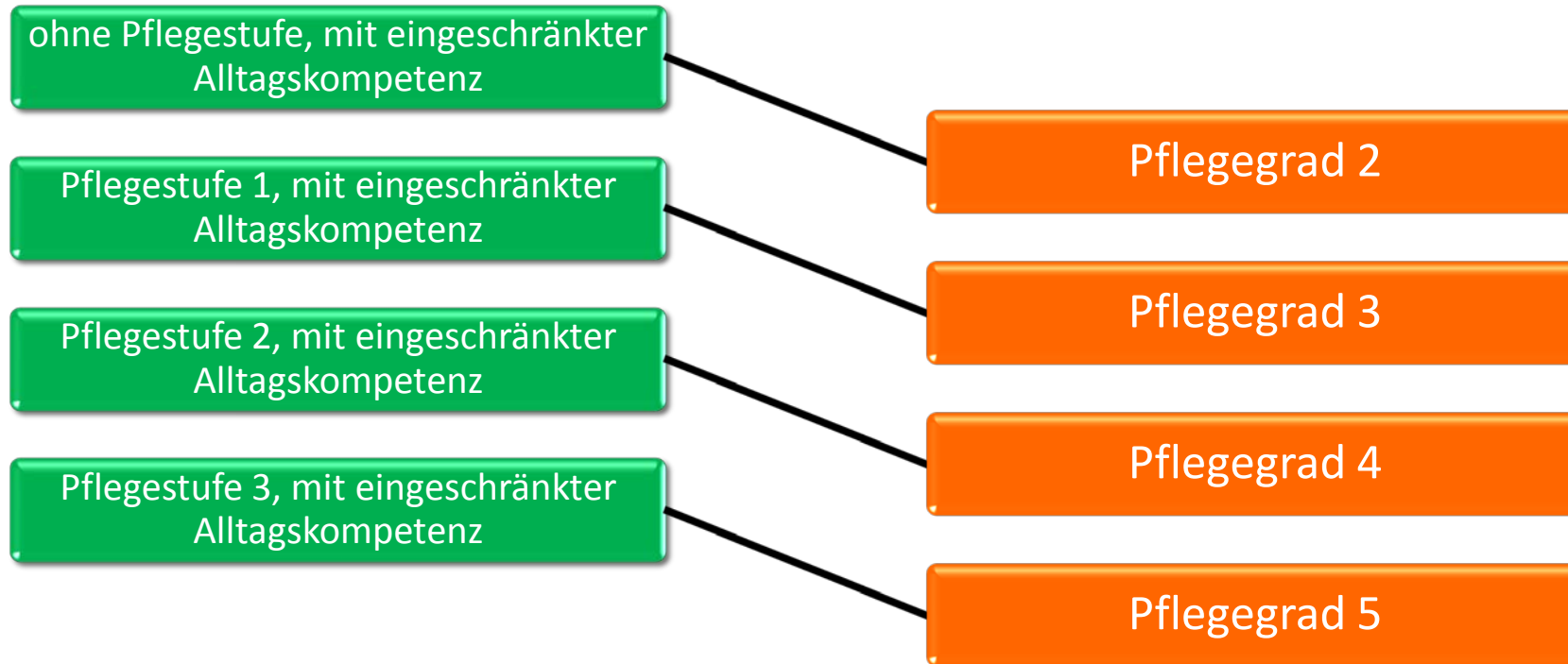
Pflegestufe jeweils **+1** = neuer Pflegegrad

Pflegestufe + eingeschränkte Alltagskompetenz jeweils **+2** = neuer Pflegegrad („Doppelsprung“)

Automatische Umstellung zum 1.1.17



„Doppelsprung“



Automatischer Pflegegrad...

...bleibt auf Dauer bestehen, § 140 Abs. 3 SGB XI.

Änderung nur:

1. bei **Anhebung** des Pflegegrades.
2. ... die Feststellung wird getroffen, dass **keine Pflegebedürftigkeit** im Sinne der §§ 14, 15 SGB XI in der ab dem 1.1.2017 geltenden Fassung mehr vorliegt.

Grundsatz, § 141 Abs. 1 Satz 1 SGB XI

*Versicherte der sozialen Pflegeversicherung und der privaten Pflege-Pflichtversicherung sowie Pflegepersonen, die am 31.12.2016 Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung haben, erhalten **Besitzstandsschutz** auf die ihnen unmittelbar vor dem 1.1.2017 zustehenden,*

***regelmäßig wiederkehrenden Leistungen** nach den §§ 36, 37, 38, 38a, 40 Abs. 2, den §§ 41, 44a, 45b, 123 und 124 in der am 31.12.2016 geltenden Fassung.*

Kein Leistungsberechtigter, der vor der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs bereits Leistungen der sozialen Pflegeversicherung bezogen hat, soll nach der Umstellung betragsmäßig niedrigere Ansprüche erhalten.

Ausnahmen

Für den Anspruch auf den **erhöhten Betrag** auf den Entlastungsbetrag nach § 45b SGB XI a.F. gilt § 141 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 SGB XI.

Für die **vollstationären Leistungen** nach § 43 SGB XI a.F. richtet sich der Besitzstandsschutz nach § 141 Abs. 1 Satz 3, Abs. 3 SGB XI.

Kurzfristige Unterbrechungen im Leistungsbezug lassen den Besitzstandsschutz jeweils unberührt, § 141 Abs. 1 Satz 4 SGB XI.

Besitzstandsschutz, § 141 Abs. 2 SGB XI

Spezielle Besitzstandschutzregelung für den erhöhten Beitrag in Höhe von 208,00 € nach § 45b SGB XI.

Versicherte, die ab dem 1.1.2017 einen Höchstleistungsanspruch in den §§ 36, 37 und 41 SGB XI haben, der **nicht mindestens um 83 € höher** ist als der Höchstleistungsanspruch am 31.12.2016 in den §§ 36, 37 und 41 SGB XI iVm § 123 SGB XI, haben einen Anspruch auf einen **Zuschlag zum Entlastungsbetrag** um 83,00 €.

(Differenz aus 208,00 € ./ 125,00 €)

Zuschlag gem. § 141 Abs. 2 SGB XI

BUDGET § 36 SGB XI:

Pflegestufe 0/eA = Pflegegrad 2
689,00 € [231,00 €]

Pflegestufe I = Pflegegrad 2 689,00 € [468,00 €]

Pflegestufe I/eA = Pflegegrad 3
1.298,00 € [689,00 €]

Pflegestufe II = Pflegegrad 3 1.298,00 € [1.144,00 €]

Pflegestufe II/eA = Pflegegrad 4
1.612,00 € [1.298,00 €]

Pflegestufe III = Pflegegrad 4 1.612,00 € [1.612,00 €]

Pflegestufe III/eA = Pflegegrad 5
1.995,00 € [1.612,00 €]

Pflegestufe III, Härtefall/eA = Pflegegrad 5
1.995,00 € [1.995,00 €]

...DIFFERENZ 83,00 €

...nur relevant für die Versicherten
der **Pflegestufe III, Härtefall**
[eingeschränkte Alltagskompetenz],

da hier keine Budgeterhöhung in
den Leistungen §§ 36, 37 oder 41
SGB XI vorgenommen wurden.

Besitzstandsschutz, § 141 Abs. 3 SGB XI

- Ist in vollstationärer Pflege der einrichtungseinheitliche Eigenanteil (EEE) nach §§ 92e, 84 Abs. 2 Satz 3 SGB XI im ersten Monat nach der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs höher als der jeweilige individuelle Eigenanteil im Vormonat,
- so ist zum Leistungsbetrag nach § 43 SGB XI von Amts wegen ein **Zuschlag in Höhe der Differenz** von der Pflegekasse an die Pflegeeinrichtung zu zahlen.
- Verringert sich die Differenz zwischen Pflegesatz und Leistungsbetrag in der Folgezeit, so erfolgt eine entsprechende Kürzung.

Beispiel:

- Pflegestufe I: monatlicher Eigenanteil 12/2016: € 350,00
- einrichtungseinheitlicher Eigenanteil 1/2017 von € 550,00.
Versicherter zahlt (Besitzstandsschutz!) weiterhin € 350,00; die Pflegekasse die Differenz von 200,00 €
- Pflegesatzerhöhung um 30,00 € im 7/2017 und damit auch Erhöhung des einrichtungseinheitlichen Eigenanteils auf 580,00 €; der Versicherte zahlt ab 7/2017 380,00 € Eigenanteil und die Pflegekasse weiterhin die Differenz von 200,00 €.

Pflegeheimwechsel, § 141 Abs. 3b SGB XI

Wechseln Pflegebedürftige zwischen dem 1.1.2017 und dem 31.12.2021 die vollstationäre Pflegeeinrichtung, so ermittelt sich der von der Pflegekasse an die neue Pflegeeinrichtung nach Absatz 3 Satz 1 von Amts wegen ab dem Zeitpunkt des Wechsels zu zahlende Zuschlag aus der Differenz zwischen dem einrichtungseinheitlichen Eigenanteil nach §§ 92e, 84 Abs. 2 Satz 3, den die Pflegebedürftigen im Monat **Januar 2017** in der neuen Einrichtung zu tragen haben oder zu tragen gehabt hätten, und dem individuellen Eigenanteil, den die Pflegebedürftigen im Monat **Dezember 2016** in der neuen Einrichtung zu tragen gehabt hätten.

§ 141 Abs. 3 Satz 2 bis 4 SGB XI gilt entsprechend.

§ 141 Abs. 3b Satz 2 SGB XI

Bei einem Wechsel in eine **neu zugelassene**, vollstationäre Pflegeeinrichtung, die erstmalig ab 1.1.2017 oder später eine Pflegesatzvereinbarung abgeschlossen hat, behalten Pflegebedürftige mit ihrem Wechsel ihren nach Absatz 3 ermittelten, monatlichen Zuschlagsbetrag.

§ 141 Abs. 3 Satz 2 bis 6 SGB XI gilt entsprechend.

Kurzzeitpflege, § 141 Abs. 3a SGB XI

Für Pflegebedürftige, die am 31.12.2016 Leistungen der Kurzzeitpflege nach § 42 Abs. 1 und 2 in Anspruch nehmen, gilt der **am 31.12.2016 gezahlte Pflegesatz für die Dauer der Kurzzeitpflege** fort.

Nehmen Pflegebedürftige am 31.12.2016 Leistungen der Kurzzeitpflege nach § 42 und nach dem Ende der Kurzzeitpflege ohne Unterbrechung des Heimaufenthalts auch Sachleistungen der vollstationären Pflege nach § 43 **in derselben Einrichtung** in Anspruch, so ermittelt sich der von der Pflegekasse an die Pflegeeinrichtung nach Satz 1 von Amts wegen ab dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme von vollstationärer Pflege nach § 43 zu zahlende Zuschlag aus der Differenz zwischen dem EEE nach §§ 92e, 84 Abs. 2 Satz 3 und dem individuellen Eigenanteil, den die Pflegebedürftigen im Monat Dezember 2016 in der Einrichtung zu tragen gehabt hätten.

Erweiterung § 141 Abs. 3c SGB XI

Erweiterung des Besitzstandsschutzes für stationär versorgte Versicherte über den 31.12.2016 hinaus:

Erhöht sich der einrichtungseinheitliche Eigenanteil nach § 92e oder nach § 84 Abs. 2 Satz 3 SGB XI für Pflegebedürftige im Sinne der Absätze 3, 3a und 3b im Zeitraum vom 1.2. bis 31.12.2017, findet Absatz 3 entsprechende Anwendung, sofern sich die Erhöhung aus **der erstmaligen Vereinbarung der neuen Pflegesätze** im Rahmen der Überleitung, Einführung und Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ergibt.

§ 141 Abs. 3c SGB XI

Dies gilt auch für Pflegebedürftige, die im Dezember 2016 in einer vollstationären Pflegeeinrichtung versorgt wurden, und die durch die Erhöhung **erstmalig einen höheren einrichtungseinheitlichen Eigenanteil** zu tragen hätten im Vergleich zum jeweiligen individuellen Eigenanteil im Dezember 2016.

Der Vergleichsberechnung ist neben dem Monat Dezember 2016 der Monat im Zeitraum vom 1.2. bis 31.12.2017 zugrunde zu legen, in dem der einrichtungseinheitliche Eigenanteil erstmalig höher als der jeweilige individuelle Eigenanteil im Monat Dezember 2016 ist oder in den Fällen des § 141 Abs. 3a SGB XI gewesen wäre.

Informationspflichten der Pflegekassen

Die Pflegekassen teilen den Pflegebedürftigen schriftlich mit:

- die Zuordnung zum automatischen Pflegegrad, § 140 Abs. 2 Satz 2 SGB XI
- das Bestehen eines Anspruchs auf den Zuschlag von € 83,00 für die Entlastungsleistungen, § 141 Abs. 2 Satz 3 SGB XI
- die Höhe des monatlichen Zuschlages im stationären Bereich sowie jede Änderung der Zuschlagshöhe, § 141 Abs. 3 Satz 5 SGB XI

Grundsatz soziale Sicherung, § 141 Abs. 4 SGB XI

Für Personen, die am 31.12.2016 wegen nicht erwerbsmäßiger Pflege rentenversicherungspflichtig waren und Anspruch auf die Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung nach § 44 SGB XI in der am 31.12.2016 geltenden Fassung hatten, besteht die Versicherungspflicht **für die Dauer dieser Pfllegetätigkeit fort.**

Begutachtungsverfahren, § 142 SGB XI

Keine **Wiederholungsbegutachtung** für automatisch übergeleitete Versicherte bis 1.1.2019, auch wenn dies vom MDK empfohlen wurde.

Ausnahme: erfolgreiche Operation oder Reha-Maßnahme

Aussetzen der 25 Tage-Frist Entscheidungsfrist

Ausnahme: besondere „Dringlichkeit“

Aussetzen der Frist für die Benennung von Gutachtern

Weitere Überleitungen

Für Personen, die am 31.12.2014 einen Anspruch auf einen Wohngruppenzuschlag nach § 38a SGB XI in der am 31.12.2014 geltenden Fassung haben, wird diese Leistung weiter erbracht, wenn sich an den tatsächlichen Verhältnissen nichts geändert hat, § 144 Abs. 1 SGB XI.

Am 31.12.2016 nach Landesrecht anerkannte niedrigschwellige Betreuungsangebote und niedrigschwellige Entlastungsangebote im Sinne der §§ 45b und 45c SGB XI a.F. gelten weiter, solange die Bundesländer nicht von ihrer Verordnungsermächtigung gebrauch gemacht haben, § 144 Abs. 2 SGB XI.

§ 45b Abs. 1 Satz 3 SGB XI

Er dient der Erstattung von Aufwendungen, die den Versicherten entstehen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Leistungen

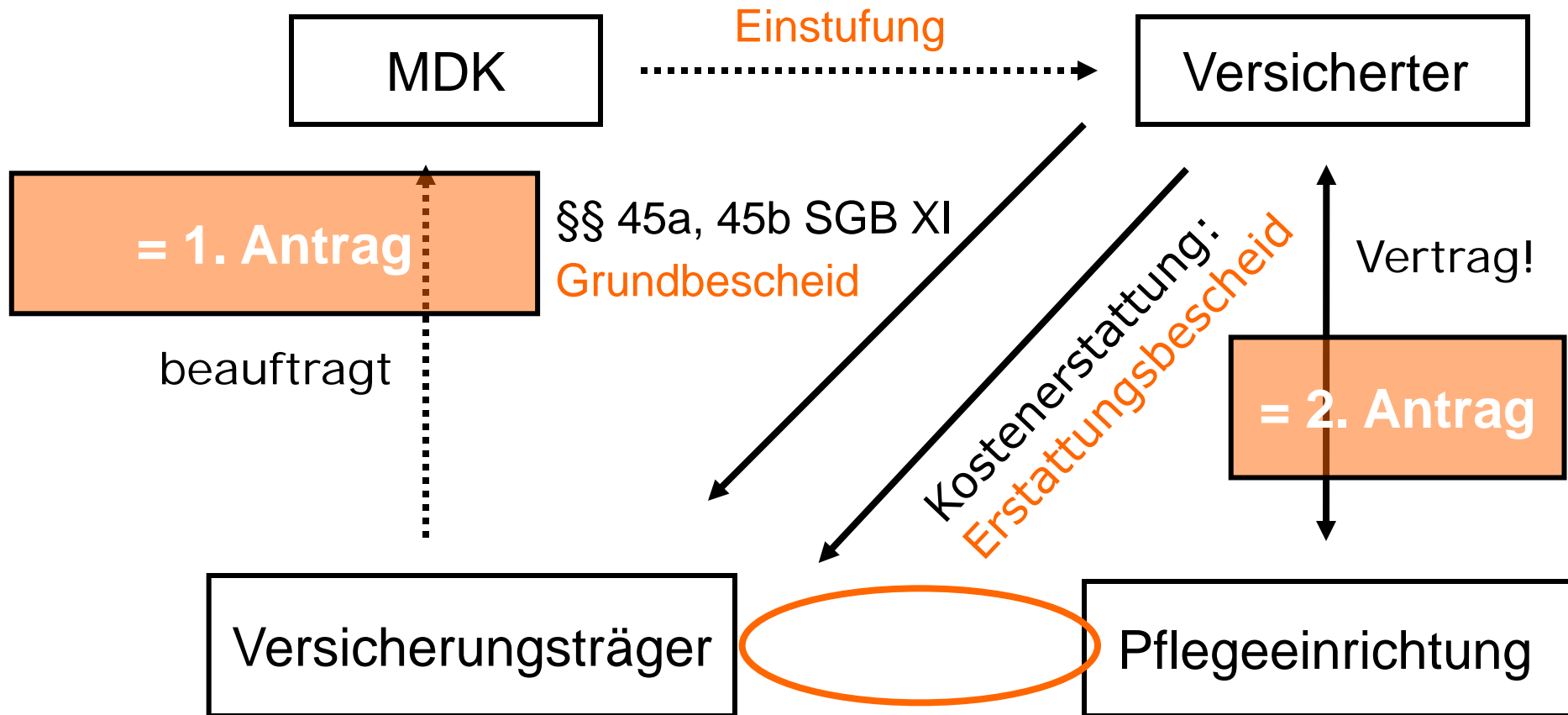
1. der Tages- oder Nachtpflege,
2. der **Kurzzeitpflege**,
3. der zugelassenen Pflegedienste, sofern es sich um besondere Angebote der allgemeinen Anleitung und Betreuung oder Angebote ... oder
4. der nach Landesrecht anerkannten niedrighschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangebote, ...

...wo bleibt Raum für den 3. Antrag der BARMER GEK?

Was bedeutet dies?

BSG, Ur. v. 12.8.2010, B 3 P 3/09

R



§ 144 Abs. 3 SGB XI

Soweit Versicherte im Zeitraum vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2016 die Anspruchsvoraussetzungen nach § 45b Abs. 1 oder 1a in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung erfüllt haben und ab dem 1.1.2017 die Anspruchsvoraussetzungen nach § 45b Abs. 1 Satz 1 in der ab dem 1.1.2017 geltenden Fassung erfüllen, können sie Leistungsbeträge nach § 45b, die sie in der Zeit vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2016 nicht zum Bezug von Leistungen nach § 45b Abs. 1 Satz 6 in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung genutzt haben, bis zum 31.12.2017 zum Bezug von Leistungen nach § 45b Abs. 1 Satz 3 in der ab dem 1.1.2017 geltenden Fassung einsetzen.

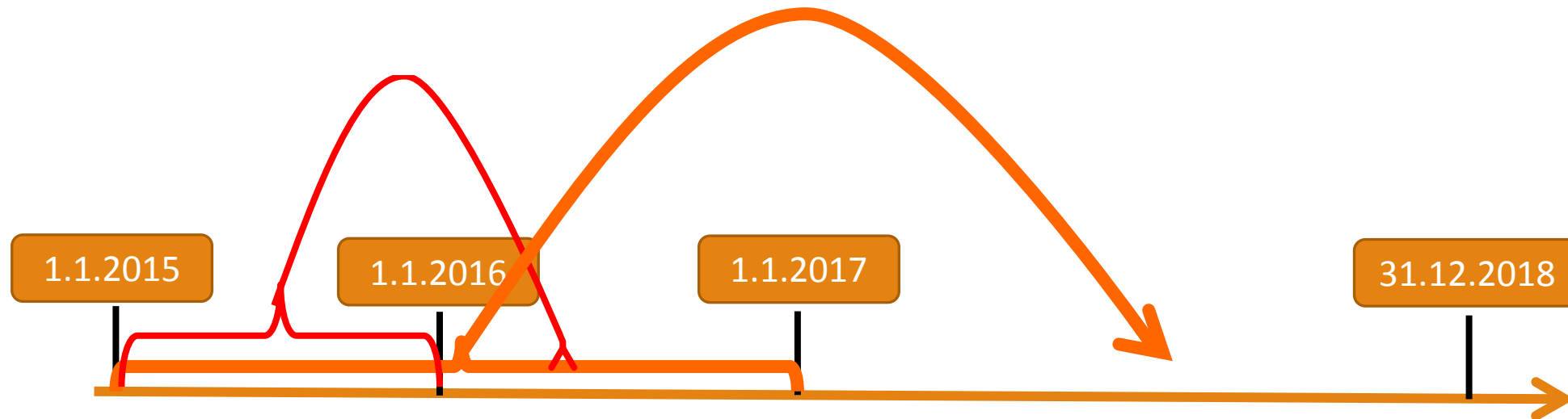
§ 144 Abs. 3 SGB XI

Soweit Versicherte im Zeitraum vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2016 die **Anspruchsvoraussetzungen nach § 45b Abs. 1 oder 1a** in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung erfüllt haben **und** ab dem 1.1.2017 die **Anspruchsvoraussetzungen nach § 45b Abs. 1 Satz 1** in der ab dem 1.1.2017 geltenden Fassung erfüllen,

können sie **Leistungsbeträge** nach § 45b, **die sie in der Zeit vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2016 nicht** zum Bezug von Leistungen nach § 45b Abs. 1 Satz 6 in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung **genutzt haben, bis zum 31.12.2018** zum Bezug von Leistungen nach § 45b Abs. 1 Satz 3 in der ab dem 1.1.2017 geltenden Fassung **einsetzen**.

...bedeutet:

Ausnahme („einmalig“): § 144 Abs. 3 SGB XI



Übergangsrecht: § 138 SGB XII

Einer Person, die am 31.12.2016 einen Anspruch auf Leistungen nach dem Siebten Kapitel in der am 31.12.2016 geltenden Fassung hat, sind die ihr am 31.12.2016 zustehenden Leistungen ~~der häuslichen Pflege~~ über den 31.12.2016 hinaus bis zum Abschluss des von Amts wegen zu betreibenden Verfahrens zur Ermittlung und Feststellung des notwendigen pflegerischen Bedarfs nach § 63a SGB XII weiter zu gewähren.

Der erweiterte Pflegebegriff, bisher

§ 61 Abs. 1 S. 2 SGB XII a.F.:

... voraussichtlich für **weniger** als 6 Monate der Pflege bedürfen
(1. Alt.)

...einen **geringeren** Hilfebedarf als Satz 1 („*Pflegestufe 0*“) haben
(2. Alt.)

...die der Hilfe für **andere** Verrichtungen als nach Abs. 5 bedürfen
(3. Alt.)

Der (erweiterte) Pflegebegriff, neu:

§ 61a Abs. 1 SGB XII:

Pflegebedürftig sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Pflegebedürftige Personen im Sinne des Satzes 1 können körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbständig kompensieren oder bewältigen.

Gegenüber § 14 Abs. 1 SGB XI fehlt die Tatbestandsvoraussetzung:

„...auf **Dauer**, voraus. für min. 6 Monate“!

Der erweiterte Pflegebegriff

§ 61a Abs. 1 SGB XI gegenüber § 61 Abs. 1 S. 2 SGB XII a.F.:

... voraussichtlich für **weniger** als 6 Monate der Pflege bedürfen
(1. Alt.)

~~... einen **geringeren** Hilfebedarf als Satz 1 („Pflegestufe 0“) haben
(2. Alt.)~~

~~... die der Hilfe für **andere** Verrichtungen als nach Abs. 5 bedürfen
(3. Alt.)~~

Leistungen unterhalb Pflegegrad 1?

Keine Leistungen der Pflegeversicherung

Lediglich Aufklärung, Auskunft und Informationen, § 7 SGB XI!

[Pflegeberatung, vgl. § 7a SGB XI, erst ab Leistungsbezug]

Keine Leistungen nach dem SGB XII. Eine dem bisherigen § 61 Abs. 1 Satz 2 SGB XII vergleichbare Regelung ist im **PSG III** nicht vorgesehen!

...anders: Vereinbarung § 92c SGB XI - Hamburg

§ 5 Übergangsregelung zum 01.01.2017 für Bewohner ohne Pflegestufe und ohne eingeschränkte Alltagskompetenz

Bei Bewohnerinnen und Bewohner ohne Pflegestufe und ohne eingeschränkte Alltagskompetenz richtet sich ab 01.01.2017 die Vergütung nach der des Pflegegrads 1.

Das Handbuch zur Reform der Pflege

einschließlich Gesetzestext Stand 2016 und 2017! Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshop zum Autorenrabatt von € 30,00 (statt € 38,80).



... weitere Informationen

Rechtsanwalt Prof. Ronald Richter

RICHTERRECHTSANWÄLTE

Mönckebergstraße 17

20095 Hamburg

040 – 309694 – 81

Fax: – 89

www.richter-rae.de

Arbeitsschwerpunkte

- Fachanwalt für Steuerrecht
- Heim-, Gesellschafts-, Sozialversicherungsrecht
- Veröffentlichungen:
 - Die neue soziale Pflegeversicherung, NOMOS/ Vincentz
 - LPK-SGB XI, 4. Aufl., NOMOS
 - LPK-HeimG, 2. Aufl., NOMOS
 - Münchener Handbuch Sozialrecht, 4. Aufl., CH Beck
 - Seniorenrecht, 2. Aufl. NOMOS
 - LPK-SGB I, LPK-SGB XI, Das neue Heimrecht, NOMOS
 - Behandlungspflege, 4. Aufl., Vincentz

Unsere Beratungsschwerpunkte



Heim- und Pflegerecht	Behindertenhilfe	Verein und Stiftung
Leistungsrecht SGB V, XI, XII	<ul style="list-style-type: none">Leistungsrecht SGB V, IX, XI, XII	<ul style="list-style-type: none">Gründung/ Beratung/ Begleitung von Vereinen und Stiftungen
Vertragsrecht der Einrichtungen	<ul style="list-style-type: none">Betreuungsrecht	<ul style="list-style-type: none">Gemeinnützigkeit
Vertragsgestaltung	<ul style="list-style-type: none">Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen, § 75 SGB XII	<ul style="list-style-type: none">Fundraising
Vergütungsverhandlungen SGB XI, XII	<ul style="list-style-type: none">Schiedsstellen-/ Klageverfahren	
Pflegesatzverhandlungen	<ul style="list-style-type: none">Werkstätten VO	
Schiedsstellen-/ Klageverfahren	<ul style="list-style-type: none">Betreute Wohnformen	
Qualitätsprüfungen	<ul style="list-style-type: none">Kostenübernahmen mit Trägern der Sozialhilfe	
Prüfungen der Heimaufsicht		
neue Wohnformen		
		Zivilrecht
		<ul style="list-style-type: none">ForderungsmanagementHaftungsrechtMedizinrechtUnternehmenskäufeLegal Due Diligence